



EINHEITSGEMEINDE GOTTLIEBEN

Kanalisationsreglement

der

Gemeinde Gottlieben

2002

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

KANALISATIONSREGLEMENT

I. Gesetzliche und Technische Grundlagen	1
II. Bau, Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der öffentlichen Abwasseranlagen	
Art. 1 Aufgaben der Gemeinde	1
Art. 2 Geltungsbereich	1
Art. 3 Abwasserverband	1
Art. 4 Projektierungsgrundlage	1
Art. 5 Anspruch Kanalisations-Erschliessung	2
Art. 6 Lage der Kanäle	2
Art. 7 Inanspruchnahme von Privatgrund	2
Art. 8 Kanalisationskataster	2
III. Bau, Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der privaten Abwasseranlagen	
Art. 9 Anschluss- und Abnahmepflicht	2
Art. 10 Sonderfälle und Befreiung von der Anschlusspflicht	3
Art. 11 Einzelanschlüsse	3
Art. 12 Gemeinsame private Anschlüsse	3
Art. 13 Eigentum, Erstellen, Unterhalt und Erneuerung privater Leitungen	3
Art. 14 Anschluss von weiteren Leitungen	3
IV. Art der Abwässer, Entwässerungssysteme	
Art. 15 Begriff des Abwassers	4
Art. 16 Entwässerungssysteme	4
Art. 17 Mischsystem, Reduziertes Mischsystem, Trennsystem, Retention	4
Art. 18 Ableitungsbeschränkungen	4
Art. 19 Industrielles und gewerbliches Abwasser	5
V. Bau- und Betriebsvorschriften für private Abwasseranlagen	
Art. 20 Anpassung an Entwässerungssystem	6
Art. 21 Zugänglichkeit	6
Art. 22 Entwässerung tiefer liegender Räume, Pumpenanlagen	6
Art. 23 Materialien	6
Art. 24 Unterhalt der Entwässerungs- und Einzelkläreinrichtungen	6
Art. 25 Haftung der Eigentümer, Behebung von Mängeln	6
VI. Finanzierung	
Art. 26 Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlagen	7
Art. 27 Finanzierung der privaten Abwasseranlagen	7
VII. Bewilligungsverfahren und behördliche Kontrolle	
Art. 28 Aufsichtsrecht	7
Art. 29 Bewilligung, Gesuchsunterlagen, Baubeginn	7
Art. 30 Abnahme, Betriebskontrolle, Spätere Kontrollen	8
VIII. Übergangsbestimmungen, Rechtsmittel, Inkraftsetzung	
Art. 31 Bestehende Anlagen	9
Art. 32 Delegationskompetenz	9
Art. 33 Rechtsmittel	9
Art. 34 Inkraftsetzung	10

KANALISATIONSREGLEMENT**I. Gesetzliche und Technische Grundlagen**

Gestützt auf die bundes- und die kantonale Gewässerschutzgesetzgebung sowie der weiteren, übergeordneten Verordnungen, Reglemente und Vorschriften,

erlässt die Gemeinde Gottlieben nachfolgend Gemeinde genannt, das nachstehende Kanalisationsreglement:

Soweit in diesem Reglement nicht festgelegt, sind dabei folgende Grundlagen verbindlich:

- Normenwerk und Richtlinien des Verbandes Schweizerischer Abwasserfachleute (VSA).
- Normenwerk des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA) inbezug auf die Kanalisationen.
- Organisationsreglement des Abwasserverbandes Tägerwilen-Gottlieben
- Genereller Entwässerungsplan GEP der Gemeinde Gottlieben

II. Bau, Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der öffentlichen Abwasseranlagen

Art. 1

Aufgaben der Gemeinde

Die Gemeinde Gottlieben, nachfolgend Gemeinde genannt, baut, betreibt, unterhält und erneuert die zur Ableitung und Reinigung von Abwässern aus öffentlichen und privaten Grundstücken notwendigen Abwasseranlagen nach Massgabe der Bestimmungen dieses Reglements.

Art. 2

Geltungsbereich

Dieses Reglement findet auf dem gesamten Gebiet der Gemeinde Anwendung.

Art. 3

Abwasserverband

Die Gemeinde ist Mitglied des Abwasserverbandes Tägerwilen-Gottlieben. Dieser erstellt, betreibt, unterhält und erneuert die zentrale Abwasserreinigungsanlage ARA sowie die zugehörigen Verbandskanäle und Spezialbauwerke gemäss seinem Organisationsreglement.

Art. 4

Projektierungsgrundlage

Die Projektierung der Kanäle und Spezialbauwerke hat im ganzen Gebiet der Gemeinde auf der Grundlage des gültigen GEP zu erfolgen.

	Art. 5
Anspruch Kanalisations - Erschliessung	(1) Die Gemeinde erschliesst die Gebiete der definitiven Bauzone nach Massgabe des Bedürfnisses und der baulichen Entwicklung durch öffentliche Kanalisations- und Spezialbauwerke. (2) Für die Liegenschaften ausserhalb des Baugebietes besteht für die Grundeigentümer kein Anspruch auf kanalisationstechnische Erschliessung durch die Gemeinde
	Art. 6
Lage der Kanäle	Die Kanäle und Spezialbauwerke werden nach Möglichkeit in öffentlichem Grund erstellt.
	Art. 7
Inanspruchnahme von Privatgrund	(1) Wo die Erstellung von Kanälen und Spezialbauwerken im öffentlichen Grund mit Schwierigkeiten verbunden ist, kann sie die Gemeinde auf privatem Grund erstellen. (2) Zwischen Grundeigentümern und der Gemeinde werden Durchleitungs- oder Baurechte vereinbart, welche als Dienstbarkeit im Grundbuch einzutragen sind. Die Kosten für den Eintrag übernimmt die Gemeinde. (3) Kann mit den Grundeigentümern keine Einigung erzielt werden, so richtet sich der Erwerb der Rechte nach den Vorschriften des kantonalen Gesetzes über die Enteignung.
	Art. 8
Kanalisationskataster	(1) Die Gemeinde führt über die öffentlichen und privaten Abwasseranlagen einen Kanalisations- und falls nötig einen Belastungskataster. (2) Die Eigentümer von privaten Abwasseranlagen haben der Gemeinde alle für die Führung des Katasters erforderlichen Angaben, insbesondere die definitiven Ausführungspläne der Anlagen, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
	III. Bau, Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der privaten Abwasseranlagen
	Art. 9
Anschluss- und Abnahmepflicht	Im Bereich öffentlicher Kanalisationsanlagen muss das verschmutzte Abwasser angeschlossen werden. Der Eigentümer der Kanalisation ist verpflichtet, das Abwasser abzunehmen und der zentralen ARA zuzuführen.

	<p>Art. 10</p> <p>Die im Eidg. Gewässerschutzgesetz vom 24.01.1991 aufgeführten Art.12 und 13 finden Anwendung.</p>
Sonderfälle und Befreiung von der Anschlusspflicht	
	<p>Art. 11</p> <p>Jedes an die Kanalisation anzuschliessende Grundstück ist in der Regel für sich und ohne Benützung fremder Grundstücke zu entwässern.</p>
Einzelanschlüsse	
	<p>Art. 12</p> <p>Werden für mehrere Grundstücke gemeinsame Kanalisationen bewilligt oder wird fremdes Grundeigentum beansprucht, so haben die Beteiligten vor Baubeginn die daraus entstehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten (Durchleitungsrecht, Erstellung, Unterhalt, Erneuerung und Kostenteiler) mit Eintragung im Grundbuch rechtsgültig zu regeln und sich darüber bei der Gemeindebehörde auszuweisen. Das Durchleitungsrecht ist im Sinne der einschlägigen Bestimmungen zu gewähren. Die Gemeindebehörde kann solche gemeinsame Anschlussleitungen zu Lasten der Beteiligten erstellen lassen.</p>
Gemeinsame private Anschlüsse	
	<p>Art. 13</p> <p>(1) Als private Abwasseranlagen gelten in der Regel die Leitungen ab und inklusive dem Anschluss an die öffentliche Leitung.</p>
Eigentum der Kanäle	
	<p>(2) Private Anschlussleitungen, die zur Erschliessung eines Grundstückes gehören, sind von deren Eigentümern nach den Bau- und Betriebsvorschriften der Art. 20 bis 25 durch Fachleute zu erstellen, zu unterhalten und zu erneuern.</p>
Erstellung, Unterhalt und Erneuerung privater Leitungen	
	<p>Art. 14</p> <p>Die Gemeindebehörde ist berechtigt, an genügend dimensionierte private Anschlussleitungen weitere öffentliche oder private Leitungen anschliessen zu lassen. Sie kann über die Entschädigung für die Mitbenützung der Anschlussleitung und über die Beteiligung an deren Unterhalt und Erneuerung vermitteln.</p>
Anschluss von weiteren Leitungen	

IV Art der Abwässer, Entwässerungssysteme

	Art. 15
Begriff des Abwassers	Unter Abwasser im Sinne dieses Reglementes wird alles von einem Grundstück und den darauf erstellten Bauten ober- und unterirdisch abfliessende verschmutzte und unverschmutzte Wasser verstanden.
	Art. 16
Entwässerungssysteme	Es wird bei der Liegenschaftsentwässerung unterschieden zwischen Mischsystemen, reduzierten Mischsystemen und Trennsystemen. Die Art der Liegenschaftsentwässerung wird im GEP bestimmt.
	Art. 17
Mischsystem	(1) Bei Entwässerung im Mischsystem werden Schmutz- und Regenwasser im gleichen Kanal abgeleitet. Die separate Ableitung von nicht verschmutztem Abwasser in Sauberwasserkanäle, Bäche oder Versickerungsanlagen kann, sofern technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar, durchgeführt werden.
Reduziertes Mischsystem	(2) Bei Entwässerung im reduzierten Mischsystem werden Schmutzwasser und teilweise Regenwasser im gleichen Kanal abgeleitet. Angeschlossen wird das verschmutzte Regenwasser. Das nicht verschmutzte Abwasser ist separat in Sauberwasserkanäle, Bäche oder Versickerungsanlagen abzuleiten.
Trennsystem	(3) Bei Entwässerung im Trennsystem werden die Schmutz- und Regenwasser getrennt abgeleitet. Über die Ableitung und Reinigung von verschmutztem Regenwasser entscheidet die kantonale Fachstelle im Einzelfall. Das nicht verschmutzte Abwasser ist separat wie bei Abs. 2 abzuleiten.
Retention	(4) Die im GEP festgelegten Regenabflusskoeffizienten dürfen nicht überschritten werden. Eine Reduktion auf den festgelegten Wert kann mit Rückhaltung (Retention) verlangt werden. Der Regenabflusskoeffizient stellt das Verhältnis zwischen dem in der Kanalisation abfliessenden zum niederfallenden Regenwasser, bezogen auf eine bestimmte Fläche, dar.
	Art. 18
Ableitungsbeschränkungen	(1) Für die Beschaffenheit abzuleitender Abwässer sind die entsprechenden Verordnungen des Bundes verbindlich.

- (2) Das dem Kanalisationsnetz zuzuleitende Abwasser muss so beschaffen sein, dass es weder die Anlagenteile der Kanalisation und der ARA schädigt noch deren Betrieb und Unterhalt beeinträchtigt.
- (3) Insbesondere ist es verboten, folgende Stoffarten der Kanalisation zuzuleiten:
 - a) Gase, Dämpfe und stark geruchbildende Konzentrate;
 - b) giftige, feuer- oder explosionsgefährliche, radioaktive Stoffe sowie Farbkonzentrate;
 - c) Abwasser aus Aborten ohne Spülung, Jauche aus Ställen, Mistwürfen und Komposthaufen sowie Abflüsse aus Futtersilos;
 - d) Sand, Schutt, Kehricht, Asche, Schlacken, Garten- und Küchenabfälle, Metzgereiabgänge, Metall, Holz, Textilien, Ablagerungen aus Schlamm-sammlern, Klärgruben, Fett-, Ölab-scheidern und anderes mehr;
 - e) dickflüssige und schlammige Stoffe;
 - f) Öle, Fette, Bitumen und Teere;
 - g) Flüssigkeiten mit Temperaturen über 60° C; die Temperatur in der Kanalisation darf nach der Vermischung höchstens 40° C betragen;
 - h) Säure-, Salz- und alkalihaltige Flüssigkeiten.
- (4) Fallen auf einer Liegenschaft grössere Abwassermengen stossweise an, so können Massnahmen zum Ausgleich des Abflusses in die öffentliche Kanalisation angeordnet werden (z.B. Regenwasser grosser befestigter Flächen).
- (5) Nicht verschmutztes Abwasser (dauernd oder periodisch fliessendes Brunnen-, Sicker-, Drainage- und Kühlwasser) muss von den Schmutz- und Mischwasserkanälen ferngehalten werden. Die Ableitung hat in offene Gewässer, Sauberwasserkanäle oder womöglich durch Versickerung zu erfolgen.
- (6) In Gebieten mit Grund- und Quellwasserhorizonten darf der Wasserspiegel nicht durch Drainagen oder Sickerungen abgesenkt werden. Die Untergeschosse der Gebäude sind in solchen Fällen mit wasserdichten Wannen zu versehen.

Art. 19

Industrielles und gewerbliches Abwasser

- (1) Für die Einleitung von Abwasser aus industriellen und gewerblichen Betrieben sind die entsprechenden Verordnungen der Bundesbehörde verbindlich.
- (2) Die Aufsicht über den Bau, den Betrieb und Unterhalt von industriellen und gewerblichen Abwasseranlagen obliegt der zuständigen kantonalen Fachstelle.

V. Bau- und Betriebsvorschriften für private Abwasseranlagen

	Art. 20
Anpassung an Entwässerungssystem	Bei der Planung und Ausführung der Liegenschaftsentwässerung ist das übergeordnete Entwässerungssystem (Art. 17 Abs. 1 bis 4) zu beachten und anzuwenden.
	Art. 21
Zugänglichkeit	Die Abwasseranlagen müssen so angelegt werden, dass sie gut zugänglich und kontrollierbar sind.
	Art. 22
Entwässerung tiefliegender Räume, Pumpenanlagen	Aus tiefliegenden Räumen, die nicht mit natürlichem Gefälle entwässert werden können, ist das verschmutzte Abwasser auf Kosten und Gefahr des Eigentümers durch Pumpen der Kanalisation zuzuleiten.
	Art. 23
Materialien	(1) Alle Abwasseranlagen müssen aus geeignetem und qualitativ einwandfreiem Material sein. Für sämtliche unterirdischen schmutzwasserführenden Leitungen ist dichtes Rohrmaterial zu verwenden. Reine Regenwasser- oder Sickerleitungen können aus Zementrohr bestehen. Für die zu verwendenden Materialien sind die Zulassungsempfehlungen der Fachverbände zu beachten.
Ausführungsbestimmungen	(2) Der Gemeinderat kann technische Ausführungsbestimmungen erlassen, im speziellen Massnahmen, die die Hochwassersicherheit garantieren.
	Art. 24
Unterhalt der Entwässerungs- und Einzelklärereinrichtungen	Die privaten Abwasseranlagen, wie Kontrollschächte, Mineralölabscheider, Klärgruben, Fettabscheider, Leitungen und Sammler, müssen von deren Eigentümern ständig in gutem, betriebssicherem Zustand gehalten werden.
	Art. 25
Haftung der Eigentümer, Behebung von Mängeln	(1) Der Eigentümer der Anlage haftet gegenüber der Gemeinde für jeden Schaden und Nachteil, der wegen fehlerhafter Erstellung, ungenügender Funktion oder mangelhaftem Betrieb und Unterhalt seiner Abwasseranlagen verursacht wird.

- (2) Wer schädliche Stoffe im Sinne von Art. 18 in die Kanalisation einführt, kann überdies aufgrund des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz) bestraft werden.
- (3) Der Eigentümer ist verpflichtet, festgestellte Mängel an seinen Abwasseranlagen innert angemessener Frist auf seine Kosten fachgerecht zu beheben. (Für Mängel an den Anlagen die auf öffentlichem Grund und Boden liegen, haftet die Gemeinde).
- (4) Unterlässt er dies, so kann die Gemeindebehörde die Mängel auf Kosten des Eigentümers beheben lassen. Um Schäden zu verhüten, kann die Abnahme des Abwassers bis zur Behebung der Mängel verweigert werden.

VI. Finanzierung

Art. 26

Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlagen

Die Kosten für den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung des öffentlichen Kanalisationsnetzes, der zentralen ARA und der weiteren Verbandsanlagen werden nach den Bestimmungen der Beitrags- und Gebührenordnung finanziert.

Art. 27

Finanzierung der privaten Abwasseranlagen

- (1) Die Kosten für den Bau, den Betrieb und Unterhalt sowie die Erneuerung der privaten Abwasseranlagen bis und mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation gehen zu Lasten der Eigentümer.
- (2) Übersteigen die Erstellungskosten das zumutbare Mass, so kann die Gemeinde Beiträge gewähren.

VII. Bewilligungsverfahren und behördliche Kontrolle

Art. 28

Aufsichtsrecht

Der Gemeindebehörde obliegt die Aufsicht über den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung der privaten Abwasseranlagen.

Art. 29

Bewilligung

- (1) Für die Erstellung oder Abänderung einer privaten Abwasseranlage sowie für jede Änderung der Benutzung und der Betriebsweise einer solchen ist vorgängig die schriftliche Bewilligung der Gemeindebehörde einzuholen.

- Gesuchsunterlagen (2) Dem Gesuchsfomular sind neben Angaben über Art und Herkunft der anzuschliessenden Abwässer vom Gesuchsteller und Projektverfasser unterzeichnete Pläne dreifach beizulegen, und zwar:
- a) Ein Situationsplan (nachgeführte Katasterkopie) der Liegenschaft im Massstab des Grundbuchplans mit Angaben der Strasse und Parzellennummer, der Lage des öffentlichen Kanals und der Anschlussleitung sowie vorhandener Werkleitungen.
 - b) Ein Kanalisationsplan (Gebäudegrundriss) im Massstab 1 : 50 oder 1 : 100. Dieser Plan muss enthalten:
Sämtliche Anfallstellen unter Bezeichnung ihrer Art und der Apparateanzahl (wie Dachwasser, Bad-WC, Küchenabläufe, Waschküchen, Waschstellen, Gewerbe- und Industrieabwasser), ferner Lichtweite, Gefälle und Material der Ableitungen (Fallrohre und Grundleitungen), Angaben über Revisionsschächte, Sammler, Gruben, Brunnen, Rückstauverschlüsse, besondere Entlüftungen sowie die Höhenkoten in Meter über Meer für Sohlen der Leitungen und Schachtdeckel.
 - c) In besonderen Fällen ein Längenprofil (im gleichen Massstab) der Leitungen und übrigen Anlagenteile vom Fallstrang bis zum öffentlichen Kanal unter Angabe der Sohlen- und Deckelhöhen und der Sohlengefälle.
 - d) Pläne von allfälligen Abwasservorbehandlungsanlagen mit Beschrieb, Funktionsschema, Dimensionierungsberechnungen und allen erforderlichen Angaben.
- Baubeginn (3) Mit den Bauarbeiten darf nicht begonnen werden, bevor das Projekt genehmigt ist. Projektänderungen gegenüber bewilligten Plänen bedürfen einer neuen Bewilligung. Die erteilte Bewilligung erlischt, wenn innert Jahresfrist mit der Ausführung der Arbeiten nicht begonnen wird.
- Art. 30
- Abnahme/Einmasse (1) Die erstellten Kanalisationsanlagen sind vor dem Eindecken durch den Ausführenden einzumessen und der Gemeindebehörde zur Abnahme zu melden. Diese verfügt die Änderung vorschriftswidriger Ausführungen.
Ab dem Anschluss in die öffentliche Kanalisation bis und mit erstem Kontrollschacht sind die Einmasse, auf

- Kosten des Erstellers, durch den Geometer der Gemeinde aufzunehmen.
- Betriebskontrolle
- (2) Die Anlagen dürfen erst nach behördlicher Kontrolle eingedeckt und in Betrieb genommen werden. Bei Missachtung der Meldepflicht sind allfällige Kosten für vermehrte Kontrollaufwände vom Eigentümer zu tragen.
 - (3) Der Ausführungsplan der Abwasseranlage ist der Gemeinde nach Vollendung der Bauarbeiten einzureichen. Wird der Ausführungsplan nicht innert Jahresfrist (nach Bauabnahme) eingereicht, so ist die Gemeinde berechtigt, zu Lasten des Bauherrn einen solchen zu erstellen oder erstellen zu lassen.
- Spätere Kontrollen
- (4) Die Gemeindebehörde ist berechtigt, die Abwasseranlagen jederzeit kontrollieren zu lassen und die Behebung von Missständen anzuordnen. Den beauftragten Organen ist der Zutritt zum Zweck der Kontrolle zu gestatten.
 - (5) Aus der behördlichen Mitwirkung kann keine über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende Verantwortlichkeit der Gemeinde und ihrer Organe abgeleitet werden.

VIII. Übergangsbestimmungen, Rechtsmittel, Inkraftsetzung

- Art. 31
- Bestehende Anlagen
- Bestehende Abwasseranlagen, die den vorstehenden Vorschriften nicht in allen Teilen entsprechen, können mit Zustimmung der Gemeindebehörde auf Zusehen hin belassen werden, sofern diese in gutem Zustand sind und keine Gefährdung darstellen. Bei Umbau oder Erweiterung von Bauten und Abwasseranlagen sind die bestehenden Anlagen auf Kosten der Eigentümer den neuen Vorschriften anzupassen.
- Art. 32
- Delegationskompetenz
- Die Gemeindebehörde ist ermächtigt, ihr vorbehaltenen Aufgaben zur direkten Erledigung an Gemeindebeamte oder private Fachstellen zu delegieren.
- Art. 33
- Rechtsmittel
- Gegen Entscheide der Gemeindebehörden kann innert 20 Tagen beim Departement für Bau und Umwelt des Kantons Thurgau Rekurs erhoben werden.

Art. 34

Inkraftsetzung

- (1) Die Gemeindebehörde bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Kanalisationsreglements sowie der Beitrags- und Gebührenordnung nach deren Genehmigung durch die zuständige Gemeindeversammlung und den Regierungsrat des Kantons Thurgau.

Ausserkraftsetzung

- (2) Mit Inkraftsetzung dieses Reglements treten sämtliche bisherigen Erlasse und Bestimmungen in Bezug auf Abwasseranlagen der n Gemeinde Gottlieben ausser Kraft.

NAMENS DER GEMEINDE GOTTLIEBEN

Der Gemeindeammann: Die Gemeindegeschreiberin:

  

Genehmigt durch die Gemeindeversammlung vom:
28. Mai 2002

Genehmigt durch ^{Regierungsrat} das ~~Amt für Umwelt~~ des Kt TG:

12. Aug. 2002, RRB-Nr. 641



Vom Gemeinderat in Kraft gesetzt auf den:

1. Okt. 2002